

Bürgerwille . . .

Fortsetzung von Seite 4

tersuchungen im Bereich Gesamtschule vorzulegen. Hier gebe es keine zeitliche Differenz zwischen ihm und der F.D.P.-Fraktion. Auch gebe es keine Differenz in der Beurteilung des weiteren Vorgehens. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode bleibe es bei 30 Gesamtschulversuchen.

Albert Pürsten (CDU) beurteilte die „Entscheidung der Bürger“ als Appell an das Parlament und alle Parteien, bildungspolitische Standpunkte und Standorte neu zu überdenken, dabei behutsam vorzugehen und eine Selbstbesinnung in diesem Bereich vorzunehmen. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende warnte: „Die Schule darf nicht auf Dauer der Zankapfel der Nation bleiben.“ Bei rückläufigen Schülerjahrgängen komme es darauf an, kleinere Klassen zu bilden und mehr Lehrer einzusetzen. Damit lasse sich die bevorstehende kritische Situation im Hinblick auf die sinkenden Schülerzahlen überwinden.

Hans Jürgen Büssow (SPD) vertrat die Auffassung, das Volksbegehren habe sich nicht unmittelbar auf die Kooperative Schule bezogen. Andere Ängste hätten Teile der Bevölkerung weit mehr mobilisiert, zum Beispiel Numerus clausus, Leistungsdruck sowie die Arbeitslosigkeit und Strukturveränderungen im Wirtschaftsleben. Der SPD-Abgeordnete verwies auf einen Bericht von Bediensteten der Stadtverwaltung Gelsenkirchen. Der Bericht enthielt negative Äußerungen von Teilnehmern am Volksbegehren, die der Abgeordnete als Zeichen der „Verrohung der politischen Sitten“ kennzeichnete.

„Verständnis wecken“

Silke Gerigk-Groht (F.D.P.) forderte alle Parteien auf, nach dem harten Streit um das Volksbegehren „eine umfangreiche Diskussion über das Mißtrauen des Bürgers in seine Repräsentanten zu führen“. Zur Verbesserung des Dialogs trage es jedoch nicht bei, wenn Politiker in der Auseinandersetzung zu Mitteln griffen, die ihrem öffentlichen Bekenntnis widersprächen. Reformen im Schulbereich seien notwendig. Man müsse aber ernsthaft darüber nachdenken, wie die Umsetzung des Notwendigen geschehen und das Verständnis dafür geweckt werden könne.

Karl Nagel (CDU) kündigte im Namen seiner Fraktion eine Stellungnahme im kommunalen Ausschuß über die Ausführungen des SPD-Abgeordneten Büssow zum Bericht der Bediensteten aus Gelsenkirchen an. Wenn beispielsweise eine Antwort auf die Frage nach den ungültigen Stimmen beim Volksbegehren verweigert werde, weil dies den Datenschutz des Bürgers gefährden könne, dürfe in der Öffentlichkeit doch nicht aus ominösen Protokollen verlesen werden.

Werner Kuhlmann (SPD) teilte mit, der Bericht seines Fraktionskollegen basiere auf dem von der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Gelsenkirchen beantragten und von der Stadtverwaltung erarbeiteten „Erfahrungsbericht über die Durchführung des Volksbegehrens gegen die Einführung der Kooperativen Schule“.

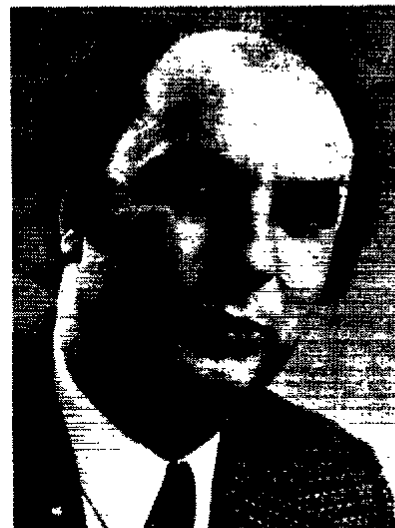
Porträt der Woche

Gockelgehabe und selbstdarstellerische Schaustückchen sind seine Sache nicht. Und sowenig, wie er andere blenden will, möchte er sich selbst etwas vormachen lassen. Nachfragen, dahinterschauen und dann das für sich als richtig Erkannnte auch konsequent vertreten: dafür hat Johannes Gorlas schon früh Unbequemlichkeiten in Kauf genommen, und daraus zieht er auch seine Art von Selbstbewußtsein.

Weil ihm zu Beginn der fünfziger Jahre das „Nie-wieder-Waffen“-Versprechen auch von der katholischen Kirche allzu plötzlich wieder vergessen wurde, geriet der Sohn eines Gelsenkirchener Bergmanns in einen prägenden Konflikt mit der Amtskirche. Als er dann, im Gefolge „sehr intensiver Beschäftigung mit dem Problem Krieg/Frieden/Wiederbewaffnung“, einen Arbeitskreis „Katholische Jugend gegen Wiederaufrüstung“ gründete, wurde er aus der Katholischen Jugend ausgeschlossen.

Da sein religiöses Engagement durch die Situation seiner Familie stark sozial gefärbt war, wurde Gorlas schon 1952 Gewerkschaftsmitglied. Und da der Dissens mit der Kirche von der Sache her auch einen Graben zur CDU gezogen hatte, kam Gorlas über Kontakte zur Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns 1957 zur SPD. Hier machte er keine Partei-Karriere, sondern engagierte sich inhaltlich: Er organisierte bald verantwortlich die Bildungsarbeit der Partei am Ort und ist immer noch Vorsitzter der „Sozialistischen Bildungsgemeinschaft e. V.“, Essen. Ziel solcher Bildungsarbeit ist „die Vermittlung politischer Wertvorstellungen, weil Politik sich sonst rasch in Postengerangel und kurzatmigem Pragmatismus erschöpft“.

Beruflich hatte sich der gelernte Chemie-Ingenieur bei der Em-scher-Genossenschaft „mit dem Letzten befaßt, was die Menschen hinterlassen“; folglich schickte seine Fraktion den Abwasserfachmann in den Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft; hier hat er es weiterhin vordringlich mit Umweltschutzproblemen zu tun, konnte aber auch eine Menge anderes hinzulernen: „Was die konkreten Lebensumstände der Menschen auf dem Lande angeht, so sind dies ja für einen Großstädter Bücher mit sieben Siegeln.“ Gorlas sieht darin auch einen



Johannes Gorlas (SPD)

Vorteil: Unbelastet von Vorwissen stoße er auf Probleme und könne folglich auch unbefangener über Lösungen diskutieren.

Sein zweiter Arbeitsschwerpunkt im Landtag ist der Innenausschuß, in den Gorlas Erfahrungen als Personalrat einbringen konnte. Doch hat er sich darauf nicht allein verlassen, sondern auch neue Erfahrungen zu machen versucht. So fuhr er vier- oder fünfmal eine volle Acht-Stunden-Schicht im Polizeistreifenwagen mit, um Arbeitsbedingungen und -belastungen der kleinen Polizeibeamten genauer kennenzulernen.

Radikal-Demokrat geblieben, mißfällt ihm der Extremisten-Erlaß und seine Anwendung; Gorlas hält die bestehenden Gesetze für ausreichend bei konsequenter Anwendung und sieht seine Befürchtungen bestätigt, daß die Handhabung des Extremisten-Erlasses durch die Bürokratie nur restriktiv ausfallen könne. Eine Erziehung selbstbewußter und verantwortlicher Demokraten sei damit nicht möglich.

Ins Parlament kam der – mehr zufällig als Kompromißkandidat für seinen Wahlkreis nominierte – Essener mit einer schlechteren Meinung von der Landtagsarbeit, als er sie jetzt hat: „Wenn man wirklich etwas tut, ist der Spielraum größer, als ich dachte.“ Aber auch das Maß der nötigen Arbeit sei größer, als er erwartet habe.

Zum Benutzen seines Campingwagens oder zum Lesen von Literatur kommt er folglich kaum mehr. Immerhin hatte auch die Landtagsarbeit eine Art Weiterbildungseffekt für ihn: „Ich habe gedacht, die großen Leute in den Parlamenten, das sind alles große Köpfer. Heute sehe ich das nüchterner.“

Hartwig Suhrbier